

Burgdorf, 20.03.2024

## **P R O T O K O L L**

über die Sitzung **des Ausschusses für Soziales, Integration, Prävention und Gleichstellung** der Stadt Burgdorf am **06.02.2024** im Ratssaal des Schlosses, Spittaplatz 5, 31303 Burgdorf,

19.WP/A-SIPG/010

Beginn öffentlicher Teil: 17:00 Uhr  
Beginn vertraulicher Teil: Uhr

Ende öffentlicher Teil: 18:55 Uhr  
Ende vertraulicher Teil: Uhr

---

### **ANWESENHEIT:**

#### **stellv. Vorsitzende**

Paul, Susanne

#### **Mitglied/Mitglieder**

Baumgarten, Claudia  
Höfner, Joachim  
Meinig, Birgit  
Nijenhof, Rüdiger  
Steinbeck-Behrens, Cord,  
Dr.  
Vehling, Karl-Heinz, Dr.

#### **stellv. Mitglied/Mitglieder**

Gersemann, Christiane  
Kicza, Tanja

Vertretung für Frau Gabriele Voß  
Vertretung für Frau Gurbet Birgin

#### **Beratende/s Mitglied/er**

Bielefeld, Reinhard  
Gebbe, Barbara  
Müller, Astrid  
Oelschlägel-Rumpf, Annegret  
Wieker, Ursula

#### **stellv. Grundmandat**

Fleischmann, Michael

Vertretung für Herrn Jörgen Wendt

#### **Verwaltung**

Borrmann, Thomas  
Kegel, Jan  
Kugel, Michael  
Pape, Petra  
Pollehn, Armin

## **TAGESORDNUNG**

### Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Prävention am 05.12.2023
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
4. Antrag des Diakonieverbandes Hannover - Land auf Mitfinanzierung des Projektes "Hope Treffpunkt 2.0 / Kuddel-Muddel"  
Vorlage: BV 2023 0690
- 4.1. Antrag des Diakonieverbandes Hannover - Land auf Mitfinanzierung des Projektes "Hope Treffpunkt 2.0 / Kuddel-Muddel"  
Vorlage: BV 2023 0690/1
5. Antrag auf Förderung der Kontaktstelle FIPS e.V. vom 29.03.2023  
Vorlage: BV 2023 0499
6. Kooperationsprojekt "Nachbarschaftstreff" im Ostlandring  
Antrag des Kinderschutzbundes auf Finanzierung von Personalstellen und Gemeinkosten für das Haushaltsjahr 2024  
Vorlage: BV 2023 0667
- 6.1. Kooperationsprojekt "Nachbarschaftstreff" im Ostlandring  
Antrag des Kinderschutzbundes auf Finanzierung von Personalstellen und Gemeinkosten für das Haushaltsjahr 2024  
Vorlage: BV 2023 0667/1
7. Antrag des Burgdorfer Mehrgenerationenhauses auf Finanzierung gesellschaftlicher Arbeit in Burgdorf  
Vorlage: BV 2023 0681
8. Anpassung der Entgeltordnung für die Benutzung der Unterkunft (4. Änderung) - Gemeinschaftsunterkunft "Vor dem Celler Tor 51 (Östlich FTZ)"  
Vorlage: BV 2024 0708
9. Anfragen lt. Geschäftsordnung
10. Anregungen an die Verwaltung  
  
Einwohnerfragestunde

### Öffentlicher Teil

#### **1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung**

Die stellvertretende Vorsitzende, **Frau Paul**, eröffnete die Sitzung. Sie stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Weiterhin teilte **Frau Paul** mit, dass Frau Birgin, Frau Fronia, Frau Voss sowie Herr Frank sich heute entschuldigen lassen.

Im Folgenden verlas **Frau Paul** in ihrer Funktion der stellvertretende Ausschussvorsitzenden eine gemeinsame Erklärung von sich und der Ausschussvorsitzenden Frau Birgin:

„Im Januar verteilte die FDP-Fraktion in vielen Haushalten einen Werbeprospekt. Ein Artikel befasste sich auch mit der Erstellung des Integrationskonzeptes, für das sich dieser Ausschuss verantwortlich zeichnet. Dazu erklären die beiden Ausschussvorsitzenden:

1. In dem Werbeprospekt stellt die FDP fest, dass ein FDP-Entwurf für ein Integrationskonzept vorläge. Dabei verkennt sie, dass alle Akteur\*innen sich gemeinsam einbringen dürfen müssen. So etwas „Top down“ verordnen zu wollen, ist nicht hilfreich. So sah es die demokratische Mehrheit dieses Ausschusses.
2. In dem Werbeprospekt behauptet die FDP weiterhin, dass sie aus dem aktuellen Dialog zum Integrationsprozess ausgegrenzt würde. Dazu stellen wir fest: der Termin für den Auftakt zum Workshop wurde im Ausschuss demokratisch durch Abfrage festgestellt. Der FDP-Vertreter war an dem Termin, den die Mehrheit gefunden hatte, verhindert. Der Versuch, die Ausschussvorsitzende zur Verlegung des Termines zu überzeugen scheiterte, weil die Ausschussvorsitzende an der Terminfindung durch die Mehrheit festhielt. Aus dieser Tatsache den Schluss zu ziehen, die FDP würde „beim Start des Dialogprozesses ausgegrenzt“ diskreditiert den Dialogprozess und die demokratische Arbeit dieses Ausschusses“.

## **2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Prävention am 05.12.2023**

---

**Frau Paul** ließ über das vorliegende Protokoll abstimmen.

**Der Ausschuss für Soziales, Integration, Prävention und Gleichstellung fasste bei 6 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen folgenden**

### **Beschluss:**

**Das Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Prävention und Gleichstellung vom 05.12.2023 wird genehmigt.**

## **3. Mitteilungen des Bürgermeisters**

---

Es lagen keine Mitteilungen vor.

**4. Antrag des Diakonieverbandes Hannover - Land auf Mitfinanzierung des Projektes "Hope Treffpunkt 2.0 / Kuddel-Muddel"**  
**Vorlage: BV 2023 0690**

---

Siehe TOP 4.1.

**4.1. Antrag des Diakonieverbandes Hannover - Land auf Mitfinanzierung des Projektes "Hope Treffpunkt 2.0 / Kuddel-Muddel"**  
**Vorlage: BV 2023 0690/1**

---

**Frau Gebbe** stellte im Namen des antragstellenden Diakonieverbandes den vorliegenden Antrag ausführlich vor. Dabei ging sie genauer auf das Projekt „Kuddel-Muddel, Hope 2.0“ als Weiterentwicklung der bestehenden Arbeit ein. Sie berichtete zudem, dass die Finanzierung für die im Antrag genannte Einstellung einer Kinder- und Jugendpsychologin mittlerweile durch verschiedene Förderungen gesichert sei. Die erbetene Finanzierung einer Koordinierungskraft mit 9,75 Wochenstunden sei wichtig für die Weiterarbeit und Aufrechterhaltung der vielfältigen Angebote.

**Frau Paul** bedankte sich für die Vorstellung des Antrages und ließ sodann darüber abstimmen.

**Die Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Integration, Prävention und Gleichstellung fassten einstimmig folgenden empfehlenden**

**Beschluss:**

**Der Diakonieverband Hannover – Land erhält für das Haushaltsjahr 2024 einen Zuschuss in Höhe von bis zu 15.000,00 € zur Finanzierung des Projektes „Hope 2.0 / Kuddel-Muddel“.**

**5. Antrag auf Förderung der Kontaktstelle FIPS e.V. vom 29.03.2023**  
**Vorlage: BV 2023 0499**

---

**Herr Fritzsche** stellte in seiner Funktion als erster Vorsitzender des FIPS e.V. den vorliegenden Antrag vor.

Auf Nachfrage von **Frau Paul** erklärte er, dass die in der Einrichtung am Tag vorstellig werdenden 7 - 15 Personen ständig wechselnde Personen seien.

Auf Bitten von **Herrn Nijenhof** schilderte **Herr Fritzsche** den Tagesablauf eines gewöhnlichen Nachmittages in der Kontaktstelle FIPS. Dabei stehe neben vielfältigen Aktivitäten und Veranstaltungen hauptsächlich die Beratung der Personen im Vordergrund.

**Frau Paul** ließ sodann über den Antrag abstimmen.

**Die Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Integration, Prävention und Gleichstellung fassten einstimmig folgenden empfehlenden**

**Beschluss:**

**Die Kontaktstelle FIPS e.V. erhält für das Haushaltsjahr 2024 einen Zuschuss in Höhe von 10.000,00 € zur Erfüllung ihrer Aufgaben.**

**6. Kooperationsprojekt "Nachbarschaftstreff" im Ostlandring  
Antrag des Kinderschutzbundes auf Finanzierung von Personalstellen  
und Gemeinkosten für das Haushaltsjahr 2024  
Vorlage: BV 2023 0667**

---

Siehe TOP 6.1.

**6.1. Kooperationsprojekt "Nachbarschaftstreff" im Ostlandring  
Antrag des Kinderschutzbundes auf Finanzierung von Personalstellen  
und Gemeinkosten für das Haushaltsjahr 2024  
Vorlage: BV 2023 0667/1**

---

**Frau Paul** erklärte, dass der vorliegende Antrag bereits in der vergangenen Ausschusssitzung ausführlich vorgestellt worden sei. Aufgrund von Unklarheiten und Nachfragen der Ausschussmitglieder wurde der Antrag jedoch noch einmal überarbeitet und der Finanzplan angepasst.

**Herr Höfner** erklärte die grundsätzliche Zustimmung der CDU - Fraktion. Allerdings sei ihm der Verbleib der im Ursprungsantrag dargestellten Spendenmittel von 57.893,00 € nicht klar. Außerdem sei der Anstieg der Finanzierungssumme im Vorjahresvergleich weiterhin erklärungsbedürftig.

**Frau Meinig** stimmte dem zu und ergänzte, dass sich der Endbetrag des Antrages nicht verändert habe. Der Antrag sei aus ihrer Sicht weiterhin undurchsichtig.

Auch **Herr Nijenhof** zeigte sich erstaunt über den Anstieg der begehrten Förderungssumme im Vergleich zu den Vorjahren.

**Herr Dedden** (Nachbarschaftstreff) ging anschließend auf den Finanzierungsplan ein und führte die Entwicklung der Personalkosten als Grund für die steigende Antragssumme auf. Auch eine nun mitbeantragte neue Stelle sei ein weiterer Grund.

**Herr Dr. Vehling** erfragte, ob der Kinderschutzbund seine Mitarbeiter/ -innen hinsichtlich der jährlich zu stellenden Förderungsanträge mit befristeten Arbeitsverträgen ausstatte. Ohne eine zunächst ungewisse städtische Förderung sei eine Beschäftigung der Mitarbeiter/ -innen prinzipiell schwierig.

**Herr Dedden** erklärte, dass befristete Einjahresverträge keine zukunfts-trächtige Variante seien, um Personal halten zu können. Daher werden normalerweise langfristige Verträge abgeschlossen und müssten entsprechend finanziert werden. Dies sei natürlich mit Risiko behaftet. Ein möglicher Wegfall der städtischen Förderbeträge müsse frühzeitig mitgeteilt werden, um andere Fördermöglichkeiten zu finden.

**Herr Kugel** erklärte, dass das Risiko beim Kinderschutzbund liege und der Antrag sich auf eine Förderung für das Haushaltsjahr 2024 beziehe.

**Frau Wieker** erläuterte, dass die Institutionen im Rahmen ihrer langjährigen nachhaltigen Arbeit darauf angewiesen seien, dauerhaft Personal beschäftigen zu können.

**Frau Paul** machte deutlich, dass sie sich durch die Erstellung des Integrationskonzeptes positive Auswirkungen auf die Verlässlichkeit der institutionellen Förderungen verspreche.

**Herr Nijenhof** erläuterte, dass ein Anspruch auf eine städtische Förderung natürlich nicht bestehe. Weiterhin ging er auf den neuen Finanzierungsplan ein und zeigte Unverständnis gegenüber dem intransparent dargestellten Aufwendungsposten der Personalkosten.

Auch **Frau Meinig** und **Herr Dr. Vehling** erachteten den vorliegenden Finanzierungsplan, insbesondere die Personalkosten, als undurchsichtig und als nicht transparent dargestellt. Hier sollte zusammen mit der Verwaltung noch einmal bei der Darstellung des Finanzplanes vor der nächsten Ausschusssitzung nachgebessert werden.

Nach anschließender Diskussion ließ **Frau Paul** darüber abstimmen, den vorliegenden Antrag zu vertagen. Jedoch sollte dem Kinderschutzbund in Absprache mit der Verwaltung zur Sicherung des laufenden Geschäftes bereits ein Abschlag der begehrten Fördersumme ausgezahlt werden.

**Die Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Integration, Prävention und Gleichstellung stimmten dem Antrag einstimmig zu.**

**7. Antrag des Burgdorfer Mehrgenerationenhauses auf Finanzierung gesellschaftlicher Arbeit in Burgdorf  
Vorlage: BV 2023 0681**

---

**Frau Paul** ließ über den vorliegenden Antrag abstimmen.

**Die Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Integration, Prävention und Gleichstellung fasste einstimmig folgenden empfehlenden**

**Beschluss:**

**Das Mehrgenerationenhaus Burgdorf erhält für das Haushaltsjahr 2024 für die Durchführung des in den Anlagen zu dieser Vorlage dargestellten Projektes einen Zuschuss in Höhe von 43.436,00 €.**

**8. Anpassung der Entgeltordnung für die Benutzung der Unterkunft (4. Änderung) - Gemeinschaftsunterkunft "Vor dem Celler Tor 51 (Östlich FTZ)"  
Vorlage: BV 2024 0708**

---

**Herr Kugel** erklärte, dass in der letzten Ausschusssitzung der Bedarf einer Sondersitzung angesprochen worden sei, da die Entgeltordnung der Flüchtlingsunterkunft „Vor dem Celler Tor 51 – östlich FTZ“ angepasst werde und im Februar 2024 spätestens beschlossen werden müsse.

Weiterhin bat **Herr Kugel** um Entschuldigung, dass seinerzeit versäumt worden sei, die inhaltlichen Gründe mitzuteilen.

Aus Sicht der Verwaltung sei die Installierung eines Sicherheitsdienstes für notwendig erachtet worden. Auf dem Gelände der städtischen Obdachlosenunterkunft werde mittlerweile ebenso ein Sicherheitsdienst eingesetzt, nach dem es von Seiten dort eingesetzter Handwerker- und Reinigungsdienste entsprechende Bitten gab. Auch die Ordnungsabteilung wurde nach Bedrohungslagen temporär durch einen Sicherheitsdienst unterstützt. Diese Maßnahmen wurden von allen Seiten als sehr hilfreich wahrgenommen.

**Herr Kugel** berichtete von drei Aspekten für die Einrichtung eines Sicherheitsdienstes an der Flüchtlingsgemeinschaftsunterkunft. Diese seien der Mitarbeiterschutz, der Schutz der dort lebenden Menschen sowie der Objektschutz. Bei entsprechender heutiger Beschlussfassung würde zum 01.04. des Jahres vor Ort einen Sicherheitsdienst installiert werden.

**Herr Nijenhof** zeigte sich irritiert über die fehlende Kommunikation bezüglich der geplanten Vorgänge. Aus seiner Sicht werde hier ein schwieriges Thema behandelt, ein 24-stündiger Sicherheitsdienst vermittele ihm jedoch den Eindruck eines Gefängnisses und bekämpfe nicht die Ursachen.

**Herr Fleischmann** erklärte, der heutigen Vorlage nicht zuzustimmen. Er habe zudem von Äußerungen der innerhalb der Gemeinschaftsunterkunft tätigen Mitarbeiter-/innen gehört, dass die Situation vor Ort in Ordnung sei.

**Herr Kugel** informierte, dass genutzte Aggressionserfassungsbögen ihm ein anderes Bild vermitteln würden. Unter den Kollegen/-innen wurden Ängste wahrgenommen, die, auch unter Berücksichtigung der Finanzlage der Region Hannover, ernst genommen werden müssen.

**Frau Meinig** und **Herr Dr. Vehling** zeigten sich ebenfalls erstaunt über den plötzlichen Vorstoß der Verwaltung, da diese Thematik innerhalb des Ausschusses sowie bei der Erstellung des Integrationskonzeptes bisher nie thematisiert wurde.

**Frau Gebbe** richtete den Blick auf weitere nicht unter städtischer Leitung stehende Flüchtlingsunterkünfte innerhalb der Region Hannover. Die dortigen Betreiber, wie z.B. Caritas und AWO, würden als Bedingung der Betreibung einer solchen Unterkunft die Installierung eines Sicherheitsdienstes machen. In Burgdorf wurde seit vielen Jahren hingegen der Mut aufgebracht, auf Sicherheitsdienste zu verzichten.

**Frau Wieker** berichtete von häufig an Wochenenden eskalierenden Situationen innerhalb der Unterkünfte. Bisher wurden von ihr oder anderen Ehrenamtlichen jedoch nie eine Gefährdungslage ausgemacht. Von Sozialarbeitern/-innen ausgesprochene Hausverbote seien aus ihrer Sicht nicht zielführend, da diese Personen die Beratungsstellen der anderen Institutionen aufsuchen würden und die Belastung dort steige.

**Frau Mansholt-Zuravlev**, Flüchtlingssozialarbeiterin der Stadt Burgdorf, stellte klar, dass ein Sicherheitsdienst zu aller erst für die Sicherheit der Bewohner/-innen zu sorgen habe. Sie berichtete jedoch auch von sexuellen Übergriffen auf Reinigungskräfte oder in der Vergangenheit auch auf Sozialarbeiterinnen. Auch körperliche Angriffe auf männliche Kollegen seien vorgekommen.

Oft stehe dies mit Drogen- und Alkoholmissbrauch in Zusammenhang. Zudem seien auch Kinder bereits Leidtragende gewesen. Da dies meistens geschehe, wenn die Büros der Sozialarbeiter /-innen nicht besetzt gewesen seien, sei ein verlässlich anwesender Ansprechpartner wichtig.

Die Ansichten der Sozialarbeiter/-innen bezüglich eines Sicherheitsdienstes seien allerdings unterschiedlich.

Auf Nachfrage von **Herrn Nijenhof** erklärte **Frau Mansholt-Zuravlev**, dass die Deeskalation im Außenbereich ein großes Bedürfnis sei. Zudem sei eine schnelle Reaktion bei Notfällen wichtig.

**Frau Paul** erklärte, dass sich die zuständigen Gremien aufgrund der ausgebliebenen Kommunikation seitens der Verwaltung bisher nicht mit Alternativen haben beschäftigen können. Daher sei möglicherweise eine Vertagung sinnvoll.

**Herr Nijenhof** bekräftigte, dass bei einer absoluten Notwendigkeit heute keine Vertagung erfolgen könne. Möglicherweise müsse zunächst eine Maßnahme getestet und nach einer gewissen Zeit überprüft werden.

**Herr Dr. Vehling** machte den Vorschlag, für einen bestimmten Zeitraum, ein milderer Mittel einzusetzen. Zudem solle das Gespräch mit der Polizei zwecks möglicher Strafverfolgungen gesucht werden.

**Frau Paul** mache deutlich, dass es nicht Ziel sei, auf eine allgemeine Gefährlichkeit von Migranten/-innen hinzuweisen, sondern dass die Wohnsituation allgemein Konfliktpotenzial beinhalte.

**Herr Nijenhof** erbat für die nächste Ausschusssitzung einen nichtöffentlichen Teil einzuberufen, um den Schutz der Betroffenen zu gewährleisten.

Nach der intensiven Diskussion stellte **Frau Paul** den Antrag, über den vorliegenden Beschlussvorschlag abzustimmen, mit der Änderung, dass ein Sicherheitsdienst von montags bis donnerstags von 00.00 Uhr bis 07.00 Uhr und 16.00 Uhr bis 24.00 Uhr, freitags von 00.00 Uhr bis 07:00 Uhr und 13.00 Uhr bis 24.00 Uhr sowie am Wochenende von 00.00 Uhr bis 24.00 Uhr installiert werde. Diese Maßnahme solle zunächst auf sechs Monate befristet sein und innerhalb der nächsten Ausschusssitzung werde über weitere Möglichkeiten zur Situationsverbesserung diskutiert.

**Die Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Integration, Prävention und Gleichstellung stimmten diesem Antrag einstimmig zu.**

## **9. Anfragen lt. Geschäftsordnung**

---

Es lagen keine Anfragen vor.

## 10. Anregungen an die Verwaltung

---

**Herr Nijenhof** wies darauf hin, dass in der vorletzten Ausschusssitzung beschlossen wurde, zeitnah einen Vertreter der Polizei einzuladen, um das Thema „Sicherheit am Bahnhof“ zu diskutieren. Es sei sein Anliegen, dass dies nun zur nächsten Ausschusssitzung erfolge, damit nicht das Gefühl entstehe, dass die Politik dieses Thema vernachlässige. Bei der Gelegenheit könne auch über das Thema „Sicherheitsdienst“ beraten werden.

**Frau Oelschlägel-Rumpf** berichtete im Auftrage des Seniorenrates über einen Besuch des Hauses „Uetzer Straße 95“, welches mit barrierefreien Wohnungen beworben worden sei. Der Seniorenrat habe dabei festgestellt, dass eine Barrierefreiheit nicht gegeben sei, da z.B. der Balkon nur über eine Stufe erreichbar sei. Bauanträge und geflossene Fördergelder sollten auch im Nachgang überprüft werden.

**Herr Kugel** sagte eine Stellungnahme der Bauordnungsabteilung über das Protokoll zu.

### Antwort über das Protokoll:

Die örtliche Überprüfung des Mehrfamilienwohnhauses Uetzer Straße in der 10. Kalenderwoche ergab, dass die Anforderungen an die Barrierefreiheit (DIN 18040) nicht gänzlich eingehalten wurden. Die Bewegungsflächen und Öffnungsmaße der Türen sind nicht zu bemängeln. Die Erreichbarkeit der Terrassen und Balkone ist jedoch nicht entsprechend den Anforderungen gegeben. Auch der 2. Handlauf im Treppenhaus ist nachzurüsten. Die Abteilung Bauordnung wird daher die notwendigen Maßnahmen einleiten.

### **Einwohnerfragestunde**

**Frau Katzberg** erklärte, dass sie entsetzt über die Berichte jeglicher Gewalt vor Ort bei der Gemeinschaftsunterkunft „FTZ“ sei. Sie berichtete zudem von zerstörten Räumen, die frisch saniert worden seien. Am Wochenende werde häufig wild Sperrmüll dort abgeladen. Im Umfeld der Unterkunft werden häufig Abfälle und Essensreste verstreut. Sie sehe die Installation von Kameras als Alternative. Bisher habe die Verwaltung den Eindruck vermittelt, dass die Sozialarbeiter /-innen die Situation unter Kontrolle haben, der heutige Eindruck widerspräche dem jedoch. Aus ihrer Sicht müssten die Bewohner- /-innen zum Aufräumen verursachter Verunreinigungen verpflichtet werden. Bezüglich des Themas Energiesparen sei eventuell das Aufstellen von Wäscheleinen sinnvoll.

**Herr Andreas Stein** (Vorsitzender des Burgdorfer Mehrgenerationenhauses) bedankte sich bei den Mitgliedern des Ausschusses für den heute positiv beschlossenen Förderungsantrag. Durch die heutigen Debatten seien ihm viele, bisher unklare, Aspekte deutlich geworden. Erstaunt zeigte er sich über den verständnisvollen Umgang der Ausschussmitglieder mit der durch die Verwaltung lapidar vorgelegten Beschlussvorlage zur Installierung eines Sicherheitsdienstes ohne eine aus seiner Sicht ausreichende Begründung.

Geschlossen:

Erster Stadtrat

Ausschussvorsitzende

Protokollführer